

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Verwaltungsleitung Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 01/0375/WP17 Status: öffentlich AZ: Datum: 04.01.2018 Verfasser:						
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 06.12.2017 (öffentlicher Teil)							
Beratungsfolge: <table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="188 674 379 701">Datum</th> <th data-bbox="387 674 954 701">Gremium</th> <th data-bbox="962 674 1374 701">Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="188 712 379 739">24.01.2018</td> <td data-bbox="387 712 954 739">Hauptausschuss</td> <td data-bbox="962 712 1374 739">Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	24.01.2018	Hauptausschuss	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
24.01.2018	Hauptausschuss	Entscheidung					

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss genehmigt die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Hauptausschusses vom 06.12.2017.

Anlage/n:

Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 06.12.2017 (öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t

öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses

8. Dezember 2017

Sitzungstermin:	Mittwoch, 06.12.2017
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:06 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Oberbürgermeister Marcel Philipp

Bürgermeisterin Hilde Scheidt

Ratsherr Harald Baal

Ratsherr Manfred Bausch

Vertretung für: Ratsherr Karl
Schultheis

Ratsherr Friedrich Beckers

Ratsherr Hans Leo Deumens

Ratsherr Wilhelm Helg

Ratsfrau Rosa Höller-Radtke

Ratsfrau Claudia Plum

Vertretung für: Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Udo Pütz

HA/21/WP.17

Ausdruck vom: 08.12.2017

Seite: 1/11

Bürgermeisterin Dr. Margrethe Schmeer

Ratsherr Michael Servos

Ratsfrau Melanie Seufert

Ratsfrau Ulla Thönnissen

Abwesende:

Ratsfrau Gaby Breuer

- entschuldigt -

Ratsherr Karl Schultheis

- entschuldigt -

Von der Verwaltung:

Frau Stadtdirektorin Grehling

Dezernat II

Herr Beigeordneter Wingefeld

Dezernat III

Frau Beigeordnete Schwier

Dezernat IV

Herr Beigeordneter Dr. Kremer

Dezernat V

Herr Beigeordneter Prof. Dr. Sicking

Dezernat VI

Frau Damen

Fachbereich Verwaltungsleitung

Frau Hassiepen

Fachbereich Personal und Organisation

Herr Kind

Fachbereich Finanzsteuerung

Frau Krause

Fachbereich Rechnungsprüfung

Frau Lammers

Fachbereich Recht und Versicherung

Herr Linden

Standesamt

Herr Lohe

Fachbereich Verwaltungsleitung

Frau Mahr

Fachbereich Verwaltungsleitung

Herr Stärk

Dezernat I

Frau Krott

CDU-Fraktionsgeschäftsführung

als Schriftführer:

Herr Berg

Fachbereich Verwaltungsleitung

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 20.09.2017
(öffentlicher Teil)
Vorlage: FB 01/0346/WP17**

- 3 **Gleichstellungsplan der Stadtverwaltung Aachen
Vorlage: FB 11/0236/WP17**

- 4 **Ratsantrag Nr. 282/17 der Fraktion DIE LINKE vom 20.06.2017 "Mehrsprachige
Lebenspartnerschaftsurkunden"
Vorlage: FB 01/0345/WP17**

- 5 **Änderungen zum Erhalt des Aachener Ehrenamtspasses
hier: Einführung des Ehrenamtspasses für Personen bis einschließlich 25 Jahren
Vorlage: FB 01/0359/WP17**

- 6 **Haushaltsplanberatungen 2018
Vorlage: FB 01/0352/WP17**

- 7 **Mitteilungen der Verwaltung**

- 8 **Beitritt zum Verein Transparency International Deutschland e.V.
Vorlage: FB 30/0024/WP17**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung:**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 20.09.2017 (nichtöffentlicher Teil):**
Vorlage: FB 01/0347/WP17

- 3 **Zustimmung zu einem Vergleich:**
Vorlage: E 26/0098/WP17

- 4 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Herr Oberbürgermeister Philipp eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt alle Anwesenden.

Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

- #### zu 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 20.09.2017 (öffentlicher Teil)**
- Vorlage: FB 01/0346/WP17**

Beschluss:

Der Hauptausschuss genehmigt bei einer Enthaltung einstimmig die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Hauptausschusses vom 20.09.2017.

zu 3 Gleichstellungsplan der Stadtverwaltung Aachen

Vorlage: FB 11/0236/WP17

Frau Hassiepen erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Frau Seufert, GRÜNE, dankt für den Vortrag und fragt an, ob die Frauen auch über das mit einer Teilzeitarbeit oftmals verbundene Risiko einer späteren Altersarmut aufgeklärt werden.

Frau Hassiepen antwortet, dass die Verwaltung den Frauen bereits zum Zeitpunkt der Schwangerschaft eine Beratung anbiete.

Frau Damen bedankt sich beim Fachbereich Personal und Organisation für die Erstellung eines hervorragenden Gleichstellungsplanes und weist ergänzend drauf hin, dass im Rahmen der Mittagspausenveranstaltungen auch über die Rentenproblematik bei Frauen beraten worden sei. Dies solle in Zukunft fortgesetzt werden.

Beschluss:

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters und Empfehlung des Personal- und Verwaltungsausschusses empfiehlt der Hauptausschuss einstimmig dem Rat der Stadt, den Gleichstellungsplan der Stadtverwaltung Aachen zu beschließen.

zu 4 Ratsantrag Nr. 282/17 der Fraktion DIE LINKE vom 20.06.2017 "Mehrsprachige Lebenspartnerschaftsurkunden"

Vorlage: FB 01/0345/WP17

Herr Deumens, DIE LINKE, weist darauf hin, dass die Bundesrepublik Deutschland Vertragsstaat in einem internationalen Abkommen sei, das diese Fragen regelt. Die Thematik bleibe daher weiterhin eine Aufgabe.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis:

zu 5 Änderungen zum Erhalt des Aachener Ehrenamtspasses

hier: Einführung des Ehrenamtspasses für Personen bis einschließlich 25 Jahren

Vorlage: FB 01/0359/WP17

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss folgenden

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, den Ehrenamtspass der Stadt Aachen für Person bis einschließlich 25 Jahre einzuführen. Dieser soll nach zwei Jahren nachgewiesener ehrenamtlicher Tätigkeit mit einer Laufzeit von drei Jahren ausgestellt werden.

Im Übrigen gelten die bisherigen Voraussetzungen zur Erlangung eines Ehrenamtspasses weiterhin. Die Verwaltung wird beauftragt, mit geeigneten vergünstigungsgewährenden Stellen Kontakt aufzunehmen und die erforderlichen verwaltungsinternen Maßnahmen zu ergreifen.

zu 6 Haushaltsplanberatungen 2018

Vorlage: FB 01/0352/WP17

Herr Baal, CDU, weist darauf hin, dass die Fraktionen von CDU und SPD einen gemeinsamen Beschlussvorschlag zu diesem Tagesordnungspunkt vorgelegt haben. Dieser Beschlussvorschlag ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Es soll ein neues Produkt „Erstellung eines Handlungskonzeptes für den Kur-, Bade- und Reha-Standort Aachen“ eingeplant werden mit einem Ansatz in Höhe von 50.000 € für 2018.

Beim Produkt 010102 „Bezirksvertretungen“ soll für 2018 der Ansatz um 10.000 € erhöht werden und für die Jahre 2019 bis 2021 um jeweils 20.000 €.

Für das Projekt Wissenschaftsstadt soll beim Produkt 010701 „Presse und Marketing“ für die Jahre 2019 bis 2021 ein Ansatz in Höhe von jeweils 75.000 € eingeplant werden.

Frau Plum, CDU, beantragt, beim Produkt 010102 „Bezirksvertretungen“ folgende Änderungen im Produktblatt vorzunehmen:

Im Feld „Beschreibung“ soll es heißen: „Geschäftsführung der Bezirksvertretung Aachen-Mitte sowie Versendung aller Einladungen und Protokolle der 7 Bezirksvertretungen“.

Im Feld „Leistung“ soll es heißen: „Geschäftsführung der Bezirksvertretung Aachen-Mitte, Versendung der Einladungen und Protokolle, Beratung von BürgerInnen, Vereinen, Initiativen in bezirksbezogenen Angelegenheiten der Bezirksvertretung Aachen-Mitte“.

Herr Pütz, PIRATEN, betont, dass es bisher noch keine Evaluierung des Projektes Wissenschaftsstadt gebe. Daher sei eine Verlängerung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sinnvoll.

Herr Deumens, DIE LINKE, kündigt an, dass seine Fraktion den Vorschlag der Verwaltung ablehnen werde. Er kritisierte die vorgenommene Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder und die zusätzliche Aufwandsentschädigung für Ausschuss-Vorsitzende. Hierzu hätte die Stadt Aachen deutlich mehr Widerstand gegenüber dem Land NRW leisten müssen. Den Antrag von CDU und SPD, das Projekt Wissenschaftsstadt über weitere Jahre mit entsprechenden Haushaltsmitteln zu verlängern, sehe er sehr kritisch. Ebenso schätze der den eingeplanten Mitgliedsbeitrag für die Metropolregion Rheinland ein.

Herr Helg, FDP, betont, dass seine Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen werde.

Herr Servos, SPD, erläutert, dass inurtscheid wegen der Veränderungen in der Kliniklandschaft dringender Bedarf bestehe, ein Handlungskonzept zu erstellen.

Man habe inzwischen eine Nähe zu den Hochschulen Aachens erreicht, die in den vergangenen Jahren nicht so vorhanden gewesen sei. Dies müsse fortgeführt werden. Dazu diene auch eine Verlängerung des Projektes Wissenschaftsstadt.

Herr Oberbürgermeister Philipp lässt im Anschluss über das Gesamtpaket der von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschlüsse inklusive der gewünschten Ergänzungen von CDU und SPD sowie des Änderungsantrages von Frau Plum abstimmen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt mehrheitlich folgende Änderungen:

- Einführung eines neuen PSP-Elementes „Erstellung eines Handlungskonzeptes für den Kur-, Bade- und Reha-Standort Aachen“:
Veränderung 2018 = + 50.000 €, Veränderung 2019 = 0 €,
Veränderung 2020 = 0 €, Veränderung 2012 = 0 €,
- Erhöhung beim Produkt 010102 Bezirksvertretungen:
Veränderung 2018 = + 10.000 €, Veränderung 2019 = + 20.000 €,
Veränderung 2020 = + 20.000 €, Veränderung 2021 = + 20.000 €,
- Verlängerung des Projektes Wissenschaftsstadt und hierzu Veränderung beim Produkt 010701 Presse und Marketing:
Veränderung 2018 = 0 €, Veränderung 2019 = + 75.000 €,
Veränderung 2012 = + 75.000 €, Veränderung 2021 = + 75.000 €,
- Beim Produktblatt zum Produkt 010102 Bezirksvertretungen soll als „Beschreibung“ aufgeführt werden: „Geschäftsführung der Bezirksvertretung Aachen-Mitte sowie Versendung aller Einladungen und Protokolle der 7 Bezirksvertretungen“.

Als „Leistung“ soll definiert werden: „Geschäftsführung der Bezirksvertretung Aachen-Mitte, Versendung der Einladungen und Protokolle, Beratung von BürgerInnen, Vereinen, Initiativen in bezirksbezogenen Angelegenheiten der Bezirksvertretung Aachen-Mitte“.

Er nimmt den Entwurf des Haushaltsplanes 2018 sowie der Finanzplanung bis 2021 (ausschließlich der Personalaufwendungen) für die vorgelegten Produkte, inklusive der Produktblätter ansonsten mehrheitlich zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Finanzausschuss und dem Rat der Stadt Aachen, diesen inklusive der genannten Änderungen entsprechend zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9 Ablehnung: 2 Enthaltung: 2

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung für den öffentlichen Sitzungsteil liegen nicht vor.

zu 8 Beitritt zum Verein Transparency International Deutschland e.V.

Vorlage: FB 30/0024/WP17

Herr Pütz, PIRATEN, bemängelt, dass in der Vorlage der Verwaltung nicht erwähnt werde, dass es zu dieser Thematik in den vergangenen Jahren bereits mehrere Anträge aus der Politik gegeben habe. Es fehle bisher eine Festlegung, wie sich Mandatsträger verhalten sollen, wenn sie z.B. etwas geschenkt bekommen. Wenn es für solche Fragen einen Ältestenrat gebe, so wie es das Eckdatenpapier von Transparency vorsehe, hätte man eine einfache Herangehensweise zu diesem Thema.

Herr Baal, CDU, führt aus, dass die CDU-Fraktion einem Beitritt nicht zustimmen werde. Bereits heute und auch in der Vergangenheit sei der rechtliche Rahmen für diese Themen zweifelsfrei definiert worden. Auf diese bestehenden Regeln seien auch alle Mandatsträger verpflichtet worden. Vor diesem Hintergrund könne man keine Mehrwert in einem Beitritt zu Transparency erkennen. Es sei auch nicht zu erkennen, woher ein Ältestenrat seine Legitimität bekäme.

Durch eine Befürwortung eines solchen Beitritts werde der völlig falsche Eindruck nach Außen vermittelt, dass die Mandatsträger externer Hilfe bedürften.

Die zuletzt in der Öffentlichkeit diskutierten Fälle in Aachen betrafen Hinweise auf kriminelles Verhalten von Verwaltungsmitarbeitern, die auch schon rechtlich geahndet würden. In Bezug auf Ratsmitglieder seien ihm keine Fälle von unkorrektem Verhalten bekannt.

Herr Deumens, DIE LINKE, äußert, dass die Verwaltung in den vergangenen Jahren im Hinblick auf die Sensibilisierung für dieses Thema viel getan habe und dass er glaube, dass im Rat der Stadt auch vieles gut laufe. Trotzdem lasse sich für die Zukunft nicht ausschließen, dass einmal etwas passieren könne. Ein Beitritt zu Transparency wäre ein Zeichen nach Außen, dass man die Fragen Transparenz und Korruption sehr ernst nehme. Eine externe Beratung hierzu könne nicht schaden, daher werde man für Alternative 1 des Beschlussvorschlages stimmen.

Frau Scheidt, GRÜNE, betont, dass alle Ratsmitglieder bereits schon jetzt verpflichtet seien, im Rahmen des gläsernen Rates alle erhaltenen Aufwandsentschädigungen zu veröffentlichen. Als Bürgermeisterin werde sie oft zu repräsentativen Terminen eingeladen. Das sei aber auch harte Arbeit und nicht nur Vergnügen. Bei diesen Gelegenheiten eventuell erhaltene Geschenke würden immer im Anschluss im Büro des Oberbürgermeisters abgegeben. Man müsse doch einmal überlegen, ob mit einem solchen Antrag nicht der Bevölkerung suggeriert werde, dass die ehrenamtlich tätigen Mandatsträger korrupt seien.

Herr Pütz, PIRATEN, antwortet, dass durch eine Mitgliedschaft niemandem etwas vorgeworfen werde und auch keine zusätzlichen Kontrollen entstünden. Man rede über eine Selbstverpflichtung. Bei Ratsleuten gebe es bisher keine strikte Grenze, was tolerierbar sei. Ein Ältestenrat, der für Grenzfälle einberufen werden könne, sei im Grunde auch nicht mehr als ein Runder Tisch, nur eine Vorinstanz und diene hauptsächlich der Außenwirkung.

Herr Servos, SPD, weist darauf hin, dass alle Mandatsträger bereits bei Mandatsantritt entsprechend verpflichtet worden seien. Eine zusätzliche Beratung sei auch jederzeit durch das Rechtsamt möglich. In Aachen sei zu dieser Thematik schon sehr viel getan worden. Er bittet darum, aus der Ablehnung eines Beitritts zu Transparency nicht den Umkehrschluss zu ziehen, dass man Korruption toleriere.

Herr Oberbürgermeister Philipp erklärt, dass er sich bei der Abstimmung zu diesem Punkt eigentlich ursprünglich der Stimme enthalten wollte, da er der Meinung sei, dass die Verwaltung dies nicht bestimmen sollte. Nach dem Verlauf der heutigen Diskussion werde er aber nun für die Alternative 2 des Beschlussvorschlages stimmen. Selbstverständlich werde die Verwaltung die Wege, die hierzu nötig seien, auch weiter gehen. Man werde immer wieder auch darauf hinweisen, dass alle Ratsmitglieder auch Amtsträger sind und in Gesprächen auch auf mögliche Gefahren hinweisen.

Herr Helg, FDP, kündigt an, dass er für Alternative 2 stimmen werde. Es gebe bereits jetzt genügend rechtliche und institutionelle Möglichkeiten. Ein Befürwortung eines Beitritts würde intern eine Atmosphäre des Misstrauens schaffen.

Beschluss:

Der Hauptschuss lehnt bei 2 Nein-Stimmen mehrheitlich die Alternative 1 des Beschlussvorschlages der Verwaltung ab.

Er nimmt mehrheitlich den Sachstand zur Kenntnis und lehnt die Einleitung eines entsprechenden Verfahrens zur Begründung einer korporativen Mitgliedschaft zum Verein Transparency International Deutschland e.V. ab.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12 Ablehnung: 2 Enthaltung: 0